

# RATHAUSREPORT

15. Jahrgang

45. Stadtverordnetenversammlung vom 2. April 2008

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE. Potsdam 3/08

► Garagen ► Tierheimbeirat ► Lärmschutz



Bis 2018 gesichert: die Garagen im Mittelbusch

## 👁 Rück- und Ausblicke

An dieser Stelle wollen wir in Erinnerung rufen, wofür sich die LINKE in dieser Wahlperiode engagiert hat.

### Heute: 2005

Im Jahr 2005 formierte sich ganz deutlich die Schlosskoalition. Mit dem Haushalt wurden die Weichen für den Wiederaufbau des Stadtschlusses gestellt. Trotz des energischen Widerstandes der LINKEN, fielen diesem Vorhaben Sozialprojekte zum Opfer. Die Fraktion scheiterte beispielsweise mit ihrer Forderung nach einem Sozialticket für Bedürftige, setzte aber die weitere kostenlose Sportstättennutzung durch. Mit Blick auf die von der LINKEN geforderte und zunächst gescheiterte Aufnahme der Sanierung des Offline-Klubs in die Investitionsvorhabenliste bis 2008, bemerkte eine Stadtverordnete des Bürgerbündnisses, „die Zeit des rosa-roten Geschenkeservices ist endlich vorbei“.

Dennoch setzte die LINKE im Jahr 2005 u. a. durch, dass

- der Aufstellungsbeschluss zum B-Plan und die Veränderungssperre für das Areal am Griebnitzsee noch einmal bekräftigt wurde, um die Freihaltung des Uferweges für die Öffentlichkeit zu gewährleisten;
- der Bürgerbahnhof Sanssouci für die Öffentlichkeit erhalten wird, nach-

dem der Kaiserbahnhof für die Kader der Deutschen Bahn saniert wurde;

- der Luftschiffhafen seine Eigenständigkeit behielt;
- die Gleichstellung der Ortsteile auf den Weg gebracht wurde;
- der OB ein Konzept zur Entwicklung des ländlichen Raumes erarbeiten musste;
- die Kosten für das Niemeyerbadprojekt auf 31,5 Millionen EUR begrenzt wurden;
- trotz zahlreicher Widerstände die Abrechnung der Straßenreinigungsgebühren wieder auf Frontmeter umgestellt wurde;
- der OB ein Konzept zur Stauvermeidung an der Langen Brücke/Humboldtbrücke erarbeiten musste;
- eine Risikoanalyse im Zusammenhang mit der Verkehrsneuordnung am Alten Markt erstellt wird;
- es ein Kulturticket für Bedürftige gibt;
- ein Konzept zur sofortigen und langfristigen Sicherung des Kita-Platzangebotes bis 2010 erstellt wird;
- dass der OB ein Konzept zur Finanzierung des Stern-Campus einschließlich der beiden Schulkomplexe, der Aula und der Sportanlagen sowie einen Zeitplan zur Realisierung des Vorhabens vorlegen musste;
- auf der Brache in Drewitz kein weiterer Baumarkt errichtet wird.

## 👤 Mit auf den Weg ...

Liebe Leserin, lieber Leser,

nachdem der Oberbürgermeister den Beschluss der StVV vom März 2008 zum Erhalt des Garagenstandortes im Schäferfeld „beanstandet“, das heißt im Ergebnis für nichtig erklärt hatte, hat meine Fraktion erreicht, dass die Angelegenheit doch noch zu einem guten Ende geführt wurde. Erneut wurde beschlossen, dass die Planungen zur Umnutzung des Garagenstandortes Am Mittelbusch 40 A 1 und A 2 eingestellt werden und der Standort mindestens bis 2018 (nicht bis 2023) als solcher zu erhalten ist.

Bis zu diesem Zeitpunkt wird es keine Verkäufe der städtischen Grundstücke an Einzelnutzer geben. Vor einer Veräußerung zum Zwecke der Nutzung des Garagenstandortes muss geprüft werden, ob dort auf Grund der Entwicklung der Landeshauptstadt langfristig Wohnungsneubau erfolgen soll. Hätten wir nach der überraschenden Beanstandung des Oberbürgermeisters die Angelegenheit auf sich beruhen lassen, wäre diese Entscheidung nicht zustande gekommen. Hier mussten wir der CDU- und SPD-Fraktion ein Stück entgegenkommen. Wir freuen uns, dass es uns dennoch gelungen ist, ein hohes Maß an Sicherheit für die 750 Garagenutzer erreicht zu haben.



Ihr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg,  
Fraktionsvorsitzender und MdL

## 📰 Übrigens

... zum Thema Akustik habe er sich mit den neuen Intendanten des Hans-Otto-Theaters nicht verständigt, so OB Jakobs auf Frage von Brigitte Oldenburg, DIE LINKE. Eventuell könnten die Probleme jedoch in der Sommerpause des Theaters abgestellt werden.

... gibt es in Potsdam 36.500 Straßen- und ca. 50.000 Flächenbäume. Davon seien durch die Eingemeindung ca. 13.000 der Stadt „zugewachsen“, so die Beigeordnete von Kuick-Frenz.



**im Februar  
von Brigitte Oldenburg**

## **Einkaufsinnenstadt gegen Einkaufscenter?**

Keine Frage: Die historische Innenstadt ist auch als Wirtschafts- und Wachstumsfaktor für Potsdams Entwicklung von besonderer Bedeutung. Doch nur, wenn deren kultureller Wert erhalten bleibt. Denn nur die barocke Innenstadt wird Touristen dorthin ziehen. Die Grenzen für die Entwicklung der Einkaufsinnenstadt sind offensichtlich. Erhalt ihres kulturellen Wertes und bedarfsgerechte Flächenbereitstellung selbst nur für innenstadtrelevante Sortimente schließen einander aus. Für Wünsche der Potsdamer Gäste bleibt kein Raum. Schon jetzt muss Potsdam trotz Stern-Center und Bahnhofspassagen einen Kaufkraftabfluss von 20 % hinnehmen. Ganz zu schweigen davon, dass Potsdam die im Umland stetig steigende Kaufkraft nicht binden kann. Verstärken wird sich dieser negative Trend, wenn in Bälde der „Boulevard Berlin“ mit 70.000 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche öffnet. Es sei denn, dieser Entwicklung wird endlich entgegengesteuert und Barrieren für das Stern-Center und die Bahnhofspassagen werden unverzüglich abgebaut. Oder sollen vor allem Potsdamer aber auch „Umländer“ weiter in Berlin ihre Kaufwünsche erfüllen? Soll Potsdam weiter auf arbeitsplatzschaffende Entwicklungen verzichten? Wir hoffen, SPD- und CDU-Fraktion geben die uneingeschränkte Präferenz der Kaufinnenstadt auf und den Weg für mögliche Entwicklungen im Stern-Center und in den Bahnhofspassagen frei.

## **Abgelehnt**

### **Es bleibt wie es ist**

In Potsdam wird es keine unabhängige Sozialberatungsstelle bei der PAGA geben. Ein entsprechender Antrag der LINKEN wurde mit den Stimmen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

### **Griebnitzseeuferweg**

Zur Begründung der neuen Fassung des LINKEN-Antrags erläuterte Hans-Jürgen Scharfenberg, dass auch seine Fraktion die Enteignung als allerletztes Mittel zur Sicherung der öffentlichen Begehbarkeit des Uferweges ansehe. Zuvor müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft sein. Der neue Antrag vereine alles, was die LINKEN, die SPD und auch die CDU wollen, so Scharfenberg. Nunnmehr wurde der OB beauftragt, vorrangig und mit höchstmöglichem Tempo die erforderlichen Maßnahmen zur Realisierung des B-Planes umzusetzen. Dabei hat die Ausschöpfung einvernehmlicher Regelungen mit den Grundstückseigentümern eindeutig Vorrang. Nur für die Fälle, in denen keine Einigung möglich ist, sollen Enteignungsverfahren vorbereitet und wenn erforderlich, die Zustimmung des Hauptausschusses eingeholt werden.

### **Kunst am Brauhausberg**

Auf Antrag der LINKEN, zu dem Karin Schröter noch einmal Stellung genommen hatte, sollen nun die Plastiken des öffentlichen Raumes, die bisher auf dem Areal der Schwimmhalle platziert waren, in die Gestaltung der Außenflächen einbezogen werden und die baugebundene Kunst an der zu sanierenden Schwimmhalle erhalten bleiben.

### **Tierheimbeirat**

Für die Sitzung der StVV am 4. Juni 2008 muss der OB, wie von der LINKEN beantragt, die Neubildung eines Tierheimbeirates vorbereiten, dessen Aufgabe die Begleitung der Wahrnehmung der Pflichten der Stadt in Bezug auf den Tierschutz sein soll. Darüber hinaus soll er die zeitlich begrenzte Unterbringung von Fund- und Abgabetieren aus dem Stadtgebiet im „Pfötchenhotel“ Beelitz begleiten. Ziel dieses Antrages ist es, so Hans-Jürgen Scharfenberg, die Arbeit des Tierheimbeirates auf eine rechtliche Grundlage zu stellen.

Der OB gab außerdem zu Protokoll, dass die Verwaltung regelmäßig die StVV über das Ausschreibungsverfahren für ein neues Tierheim in Potsdam informieren wird.

### **Lärmminderung**

Mit einem letztlich gemeinsamen Antrag setzten Die LINKE und die CDU durch, dass in Bornstedt geprüft wird, mit wel-

chen Mitteln der Straßenbelag verändert werden kann, damit für die Anwohner eine Lärmminderung erreicht werden kann. Gegen SPD und Bündnis 90/Die Grünen wurde zudem beschlossen, dass sichergestellt werden muss, dass keine umlagefähigen Kosten für die Anwohner entstehen.

### **Zentrum für Jugendarbeit**

Sigrid Müller warb für den dann beschlossenen Antrag der LINKEN, den OB mit der Prüfung zu beauftragen, unter welchen Bedingungen auf dem Gelände der EMB in der Glasmeisterstraße in Babelsberg ein Zentrum für Jugendarbeit und Jugendkultur eingerichtet werden kann. Die StVV soll im Juni über das Ergebnis informiert werden.

### **Kriminalitätsverhütung**

Im Juli muss der OB auf Antrag der LINKEN, den Hans-Jürgen Scharfenberg begründete, in den Ausschüssen darüber berichten, wie das Konzept zur kommunalen Kriminalitätsverhütung weiterentwickelt werden kann.

### **Förderung von Betriebskitas**

Im Juni muss der OB über das Ergebnis von Gesprächen mit Unternehmen und Freien Trägern der Kinder- und Jugendarbeit in Bezug auf die Nutzung des Bundesprogramms zur Errichtung von Betriebskitas informieren.

### **Stufenmarkierung**

Die Markierung der Stufen im Foyer des HOT für sehbehinderte Bürger wird bis zur 16. Kalenderwoche vorschriftsmäßig erfolgen. Das setze die LINKE durch.

### **Unter einem Dach**

Volkshochschule und Stadt- und Landesbibliothek werden zügig räumlich zusammengeführt. Auf entsprechenden Antrag der LINKEN muss der OB dazu bereits im Mai einen Zwischenbericht geben.

### **Parkprobleme lösen**

Hella Drohla begründete anschaulich den Antrag der LINKEN, dass die Verkehrssicherheit in der Eigenheimsiedlung (Ravensbergweg, Vogelsang, Heidereiterweg) gewährleistet wird. Sofern keine haftungsrechtlichen Bedenken bestehen, soll bis zum Abschluss der Sanierungsarbeiten in der Waldstadt II der ehemalige Hort des Schulgeländes als Parkplatz genutzt werden dürfen.

einkommensmäßig gleichstehen, einen Hund steuerfrei halten können.

### **Kein Interesse**

Die endlos-Geschichte zur Entwicklung

*Fortsetzung Seite 3 unten*

## ⌚ Stadtverordnete der Fraktion DIE LINKE fragten – die Verwaltung antwortete

Die Straßeninstandsetzung Am Nuthetal wird voraussichtlich Ende April 2008 abgeschlossen sein, so die Baubeigeordnete auf entsprechende Anfrage von Hans-Jürgen Scharfenberg, DIE LINKE.

⌚

Die Bundesregierung hat durchgesetzt, dass die Pflegestützpunkte in die Verantwortung der Pflegekassen übergeben werden. Der Deutsche Städtetag fordert demgegenüber nach wie vor, dass dies in der Verantwortung der Kommunen bleiben solle. Anlass für Siegmund Krause, DIE LINKE, nachzufragen, welchen Spielraum die Stadtverwaltung in diesem Zusammenhang sehen würde. Wenig, so die zuständige Beigeordnete. Man habe sich an das Gesetz zu halten, gehe jedoch auf die Krankenkassen und Pflegekassen zu und versuche, „gestalterisch“ Einfluss zu nehmen. In Bezug auf das Gesetz sei jedoch „der Zug aus dem Bahnhof gefahren“.

⌚

Jana Schulze, DIE LINKE, fragte erneut nach dem Prüfungsergebnis zur Aufstellung einer öffentlichen Toilette auf dem Marktplatz des Kirchsteigfeldes. Dies sei zwar planungsrechtlich zulässig, könne jedoch realistisch nicht umgesetzt werden, so die Baubeigeordnete. Vor Ort würde man die Situation nicht als problematisch ansehen.

⌚

Im Jahr 2007 wurden im Durchschnitt monatlich gegen 50 bis 55 jugendliche (unter 25 Jahren) ALG-II-Empfänger Sanktionen wegen fehlender Mitarbeit ausgesprochen, bei den über 25-jährigen seien es durchschnittlich 100 gewesen, beantwortete die zuständige Beigeordnete die Frage von Jana Schulze. Auf Nachfrage stellte die Beigeordnete klar, dass es sich dabei um finanzielle Sanktionen handle, denen zahlreiche Gespräche zur Notwendigkeit der Zusammenarbeit der Betroffenen mit dem Amt vorausgingen. Die Sanktionen würden jedoch nicht zur Einstellung der Beratung führen.

⌚

Die Frage von Hans-Jürgen Scharfenberg, warum denn der vor etwa zwei Jahren in Babelsberg benannte Concordiaweg (dies betrifft den westlich gelegenen Teil der Scheffelstraße aus Richtung Karl-Liebknecht-Stadion) noch immer nicht durch

entsprechende Schilder bezeichnet sei, brachte den Amtsschimmel in Bewegung. Und so musste die zuständige Beigeordnete einräumen, dass es seinerzeit verabsäumt worden war, die neue Wegbezeichnung im Amtsblatt zu veröffentlichen; dies sei die Voraussetzung dafür, dass eine entsprechende Beschilderung erfolgen könne. Nunmehr würde dies nachgeholt und könne 6 Wochen nach der Veröffentlichung erfolgen. Auf die Nachfrage, ob derartige Versäumnisse öfter vorkämen, meinte die Baubeigeordnete, dass ihr nichts weiter bekannt sei.

⌚

Auf die Frage von Brigitte Oldenburg, nach welchen Kriterien in Potsdam Standorte für Papierkörbe bzw. so genannte Dog-Stationen festgelegt würden, sagte die zuständige Beigeordnete, dass es dabei um eine freiwillige Aufgabe der Stadt handle. Man wähle die Standorte u. a. nach Wohndichte, unter Fußgänger- und Touristenaspekten sowie an Bus- und Tramhaltestellen aus. Derzeit seien ca. 1700 öffentliche Abfallbehälter registriert. Derzeit werde eine Gesamtübersicht in Form einer Datenbank erstellt, um das Betreuungsvolumen erfassen zu können. Bis 30. Juni wolle man eine komplette Standortüberprüfung vornehmen, bis 30. September entscheiden, ob die Standorte erhalten bleiben sollen, und bis November 2008 den Kostenbedarf ermitteln. Dabei beachte man auch im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten das Aufstellen krähensicherer Abfallbehälter.

⌚

Das „Pfötchenhotel“ engagiere sich für die kurzfristige Vermittlung von Potsdamer Fundtieren. Dabei werde jedoch jeweils im Vertrag festgehalten, dass die neuen Besitzer das Tier zurückgeben müssen, falls sich innerhalb von 6 Monaten der alte Besitzer melden sollte, stellte die zuständige Beigeordnete auf entsprechende Anfrage von Brigitte Oldenburg klar.

⌚

Für die Bergung und Verbringung von Fundtieren ins Pfötchenhotel in den Nachtstunden ist der Stadtjäger zuständig. Dafür werde er mit pauschal 700,00 EUR im Monat vergütet. Anlass für Brigitte Oldenburg, noch einmal die Kosten insgesamt zu erfragen. Die Beigeordnete erläuterte, dass tagsüber die Mitarbeiter des Ordnungsamtes

in ihrer Arbeitszeit und zu ihren Gehältern zuständig seien, dadurch entstünden keine zusätzlichen Personalkosten. Lediglich für die Nachtstunden (20 bis 08.00 Uhr) sei die Pauschale vereinbart. Durchschnittlich entstünden monatlich jedoch zusätzlich ca. 130,00 EUR an Kfz-Kosten, so die Beigeordnete. Im Zeitraum 01.01.08 bis 01.04.08 seien 54 Fahrten für das Verbringen von 70 Tieren erforderlich gewesen.

⌚

Welche Schlussfolgerungen die Verwaltungsspitze aus der Kritik der Wohnungsunternehmen an den ungünstigen Rahmenbedingungen für den Wohnungsneubau in der Stadt ziehe, erfragte Hans-Jürgen Scharfenberg mit Hinweis auf eine entsprechende Kritik von „Stadtspuren“ und eines Interviews mit dem Chef der GEWOBA. Man sei regelmäßig im Gespräch, es gäbe den wohnungspolitischen Ratschlag beim OB und auf dem Weg zu einem Wohnungsbaukonzept, so die Baubeigeordnete. Damit erklärte sich der Fraktionsvorsitzende der LINKEN jedoch nicht einverstanden und verwies noch einmal auf seine Ausgangsfrage und auf die noch immer nicht abschließend geklärte Problem der Splitterflächen (Rathausreport berichtete mehrfach darüber). Dies veranlasste den OB zu der „grundsätzlichen“ Bemerkung, dass das Verhältnis zwischen Landeshauptstadt und Wohnungsunternehmen ausgezeichnet sei. Das angesprochene Interview habe er mit Herrn Müller-Zensius bereits „ausgewertet“ und überhaupt entspreche es nicht der Realität, an Detailpunkten festmachen zu wollen, dass man sich uneinig sei. Auf den Hinweis von Hans-Jürgen Scharfenberg, dass damit seine Frage noch immer nicht beantwortet sei, meinte der OB lakonisch, die Beschlüsse der StVV sind „Maxime und Grundlage für die Einigung, die wir vorlegen werden“.

⌚

Ralf Jäkel, DIE LINKE, wollte wissen, wann veranlasst werden kann, dass der Anwohnerweg hinter dem Haus Auf dem Kiewitt 10-13 als verkehrsberuhigter Bereich ausgewiesen wird. Dies werde nicht erfolgen, so die zuständige Beigeordnete. Es sei ausreichend hier eine 30 km/h-Zone auszuweisen, was bereits geschehen sei. Die frühere – aus DDR-Zeiten stammende Beschilderung sei nicht mehr rechtskonform.

des SAGO-Geländes scheint sich fortzusetzen. Der Antrag der LINKEN, mit dem der OB aufgefordert werden sollte, regelmäßig über die Bemühungen zur Entwicklung des Geländes zu informieren wurde abgelehnt. Der Antrag sei durch ständiges Verwaltungshandeln erledigt, so die Baubeigeordnete, die zudem darauf verwies, dass dieses Gelände für die Ansiedlung

eines Investors vorgehalten werde. Eine kleinteilige Gewerbeansiedlung sei dort ausgeschlossen. Jakobs meinte dann mit Verweis auf die Bebauung der Drewitzer Brache in Richtung Linksfraktion, dass sie doch so hervorragende Kontakte zur Wirtschaft habe, sie könne ja auch für das SAGO-Gelände einen Investor präsentieren.

### Erledigt

Da im Zusammenhang mit dem Antrag der LINKEN, dass sich die Verwaltung für Nachfolgeregelungen von klein- und mittleren Unternehmen einsetzen solle, bekannt wurde, dass dies in Zusammenarbeit mit den Kammern erfolge, erklärte die Fraktion ihren Antrag durch Verwaltungshandeln für erledigt.



## Zur Wiedervorlage

### Verkehrsmonitoring

Nachdem in der März-Sitzung dem Antrag der LINKEN, im Zuge der Bauarbeiten für die Baufeldfreimachung für den Bau des neuen Landtages, ein Verkehrsmonitoring einzurichten die Dringlichkeit verweigert wurde, wurde dies nun als regulärer Antrag in der April-Sitzung behandelt. Wie dringlich dies ist, konnten die Potsdamer und ihre Besucher bereits in den ersten Tagen der Bauarbeiten erleben. Verkehrsstau, Umleitungen und erheblicher Stress begleiten derzeit nicht nur Autofahrer. Auch Fußgänger und Radfahrer sind in Mitleidenschaft gezogen, so Hans-Jürgen Scharfenberg. Nötig ist eine schnelle Reaktion auf die Verkehrsprobleme, es reiche nicht aus, die Straßenverkehrsbenutzer um Verständnis zu bitten. Über den Antrag soll jetzt zügig im Bauausschuss beraten werden.

### Friedhofgestaltung

Der Hauptausschuss wird sich zeitnah mit dem Antrag der LINKEN beschäftigen, ob der OB geeignete Maßnahmen veranlassen muss, um den Zustand des denkmalgeschützten Friedhofs in der Michendorfer

Chaussee, auch seines zivilen Teils, nachhaltig zu verbessern. Uwe Gunold, DIE LINKE, hatte darauf verwiesen, dass der Trägerverein alleine nicht mehr weiterkommen und die Unterstützung durch die Verwaltung erforderlich ist.

### Fahrradboxen

Um teure Fahrräder vor Diebstahl zu schützen, bewähren sich in einigen Städten so genannte Fahrradboxen. Anlass für die LINKEN, den OB mit der Prüfung möglicherweise geeigneter Standorte für derartige Boxen zu beauftragen. Uwe Gunold, DIE LINKE, begründete den Antrag, der in den Ausschuss überwiesen wurde.

### Hartz-IV-Regelsätze

Die LINKE will erreichen, dass die Regelsätze für Hartz-IV-Empfänger auf mindestens 400,00 Euro angehoben werden sollen, da der bisherige Satz seit dem Jahr 2003 gilt. Seither, so Jana Schulze, DIE LINKE, wurden die Lebenshaltungskosten teurer, zudem wurde die Mehrwertsteuer erhöht. Dazu soll der OB Gespräche mit dem Städte- und Gemeindebund und dem zuständigen Bundesministerium führen.

Ob sich für den Antrag eine Mehrheit der Stadtverordneten findet, beraten die Ausschüsse.

### Gesunde Kinder

Die LINKE möchte, dass sich die Stadt an dem Netzwerk „Gesunde Kinder“, das über das hier eingeführte Elternbegehrungsgeld hinausgeht, beteiligt. Und sieht das als Beitrag zur kinderfreundlichen Kommune. Obwohl sich einige Stadtverordnete über den Antrag lustig machten und ihn als absolut überflüssig bezeichneten, wurde er zur weiteren Beratung in den Sozialausschuss überwiesen.

### EWP für alle

Nachdem bislang die Einbeziehung der neuen Ortsteile in die Tarife für Strom- und Gaslieferung durch die EWP nicht einbezogen werden konnten, startete die Linksfraktion einen erneuten Anlauf, um dies zu regeln. Peter Kaminski erläuterte, dass es an der Zeit sei, dies endlich zu tun. Da es noch „Aufklärungsbedarf“ dazu gibt, wurde der Antrag in den Hauptausschuss überwiesen.

### Lärmschutz die 2.

Der Ausschuss prüft, ob dem Antrag der Linksfraktion, den Rolf Kutzmutz begründet hatte, in die Planungen zum Lärmschutzplan der Stadt im Zeitraum bis 2012 den Bau einer Lärmschutzwand an der Nuthe-Schnellstraße auszunehmen.

### Gleiches Recht für alle

Die LINKE will erreichen, dass alle Vereinsmieter im Kulturhaus Altes Rathaus lediglich die Nebenkosten zu zahlen haben. Karin Schröter hatte dieses Recht auch für den Kulturbund e. V. und den Verein Neue Musik e. V. reklamiert.

### Zuwendungen

Ob die für die Betreuung des Bürgerhauses am Schlaatz fehlenden Mittel i. H. v. 30.000,00 Euro, wie von der LINKEN gefordert, in den Haushalt 2008 eingestellt werden, wird im Zuge der Haushaltberatungen geprüft.

### Kostenloses Mittagessen

Trotz vehementer Widerstände aus den Reihen der anderen Fraktionen fand sich eine Mehrheit für die Ausschussberatung des LINKEN-Antrags, allen bedürftigen Kindern der Stadt ein kostenloses Mittagessen zu ermöglichen. Dies liegt der Fraktion angesichts der auch in Potsdam herrschenden Kinderarmut besonders am Herzen.



## Was – wann – wo

**Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam**, Stadthaus, Raum 3.025, Beginn jeweils 18 Uhr  
14., 21. und 28. April 2008; 05. und 19. Mai 2008

**46. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Potsdam**  
Stadthaus, Plenarsaal, 07. Mai 2008, Beginn 13 Uhr

**Frühschoppen „Rathausreport live“**  
Altes Rathaus- Potsdam Forum, Am Alten Markt, 18. Mai 2008, Beginn 10 Uhr

**Ausgabe „Rathausreport“ Nummer 4/2008**  
Stadthaus, Raum 3.107, 16. bis 21. Mai 2008 (außer Sa. und So.)

### Info-Stände der Fraktion DIE LINKE in den Stadtteilen

- |               |           |  |
|---------------|-----------|--|
| 16. Mai 2008: | 14:00 Uhr | REWE-Markt, Zentrum Ost                |
|               | 14:30 Uhr | Kepler-Platz, Am Stern                 |
|               | 15:00 Uhr | Rathaus Babelsberg                     |
|               | 15:00 Uhr | Waldstadt-Center, Waldstadt II         |
|               | 16:00 Uhr | Havel-Nuthe-Center, Drewitz            |
| 17. Mai 2008: | 09:00 Uhr | REWE-Markt Haeckelstraße, Potsdam West |
|               | 10:00 Uhr | Markt-Center, Breite Straße            |
|               | 10:00 Uhr | Marktplatz Kirchsteigfeld              |
|               | 10:00 Uhr | Stadtplatz, Am Schlaatz                |

Bürgersprechstunde von Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, Fraktionsvorsitzender und MdL am 23. April 2008 von 17 bis 19 Uhr  
im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39 (Bürgerhaus Stern\*Zeichen)  
Vorankündigungen sind möglich unter: Tel.: 0331/600 50 69  
Mail: wkbscharfenberg@aol.com

Da der

# RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

V.i.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per eMail an uns: Fraktion DIE LINKE, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam  
eMail: DIE LINKE-Stadtrfraktion@Rathaus.Potsdam.de  
Telefon: 0331-2893051, Fax 0331-2893119